

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

245 (21.10.1920)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25.-M. Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelleile 1.-M. Die 12spaltige Kolonelleile 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 10 bis 12 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Dieselmotore

#### Auf der Ablieferung soll bestanden werden?

Paris, 20. Okt. (Privattelegramm.) Wie der „Temps“ berichtet, hat der militärische Beirat der Reichsministerien mit der Frage der Ablieferung der deutschen Dieselmotore beschäftigt. Die Protokolle der Besprechungen sind in Erwägung gezogen, doch soll sich der Beirat dem „Temps“ zufolge aus militärischen Gründen abersagen für die Beschaffung der Motore ausgesprochen haben. Nicht zum wenigsten sollen zu diesem Beschluß des Beirates die Berichte der Entente-Kommission aus Deutschland mitgesprochen haben, die hervorheben, daß der Dieselmotor fast ausschließlich für Schiffszwecke verwendet werden könne und in wirtschaftlicher Hinsicht nur eine geringe Bedeutung (!) habe. Die Reichsministerien, die sich in der nächsten Woche gleichfalls mit der Frage der Ablieferung der Dieselmotore befassen wird, dürfte dann einen endgültigen Beschluß fassen, der, wie der „Temps“ sagt, wohl nur eine Bestätigung des Beschlusses des militärischen Beirates darstellen wird.

#### Das angebliche Urteil der angeblichen Sachverständigen

wird von ebensolchen bestritten. Das ist bekanntlich der Fall. Deutschland wird immer wieder zu betonen haben, daß die neue Forderung eine unannehme Schädigung unserer Industrie bedeuten würde, zu der jede Rechtsgrundlage fehlt.

### Rückgabe der 1870/71 erbeuteten französischen Fahnen

Paris, 20. Okt. Wie der „Matin“ meldet, hat der Ministerpräsident, um die Rückgabe der von den Deutschen 1870/71 erbeuteten französischen Fahnen, die die Erinnerung bei den Franzosen zum 50jährigen Bestehen der Republik befestigen sollen, zu beschleunigen, den Generalverwalter der von Deutschland zurückgegebenen Güter nach Berlin geschickt und ihm einen Sachverständigen des Kriegsministeriums beigegeben. (Der Militarismus ist, wie man sieht, in Frankreich obenaußen.)

### Abkündigung des Wrangel'schen Friedensvorschlags

Berlin, 20. Okt. (Privattelegramm.) Die Sowjetregierung hat den Friedensvorschlag des Generals Wrangel abgelehnt. Der große Moskauer Rat beschloß mit Berufung auf die Fortsetzung der Operationen der Roten Armee gegen die ukrainischen und Wrangel'schen Truppen.

### Englische Erklärungen über die Durchführung des Friedensvertrages

London, 20. Okt. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Curzon, daß sich die Durchführung des Friedensvertrages in zufriedenstellender Weise vollziehen werde und daß sich die britische Regierung mit der Beurteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde. Chamberlain bemerkte, daß Österreich bis jetzt keine Schritte abgelehnt habe und daß Deutschland in weitestgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über die Kohlenlieferungen nachgekommen sei. Weiterhin teilte er mit, daß die von allen Ländern Deutschland gemachten Vorschläge ungefähr das Dreifache sämtlicher von Großbritannien gemachten Vorschläge betragen.

### Auch Bulgarien soll ausliefern

Wie verschiedene Morgenblätter aus Sofia melden, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in der sie die Auslieferung von 507 Militärs und Zivilpersonen verlangen. Auf der Liste befinden sich u. a. der frühere König Ferdinand und sein Ministerpräsident Radoslawow, die sich angeblich beide in Deutschland aufhalten sollen.

### Milliardendefizit der französischen Eisenbahnen

Paris, 20. Okt. Wie der „Matin“ meldet, ist damit zu rechnen, daß im Laufe dieses Jahres das Defizit der französischen Eisenbahnen die Summe von zwei Milliarden Francs erreichen wird.

### U.S.P. und Reformkommunisten

Berlin, 20. Okt. (Privatmeldung.) Wie die „Freiheit“ mitteilt, hat der Präsident des Reichstages entschieden, daß die von den Unabhängigen abgeplattete Gruppe Eickhorn, welche Anspruch auf die alte Bezeichnung erhebt, künftig als Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei (Linke) gekennzeichnet wird, während die Mehrheit den bisherigen Namen ohne Zusatz fortführt.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Halle gemeldet, daß der gestrige Halleische Bezirksparteitag der Unabhängigen in einer Resolution die Reichstagsabgeordneten Fritz Kuhnerl und Raub, die gegen den Ausschluß an Moskau gestimmt haben, aufgefordert, ihre Mandate der Partei zur Verfügung zu stellen.

Der „Berliner Sozialist“ gibt eine Meldung aus München wieder, wonach die Linke der U.S.P. im Dezember mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten will, auf dem die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen und die deutsche Fraktion der Dritten Internationale endgültig gebildet werden soll.

### Verhinderung der deutschen Schiffe

Amsterdam, 19. Okt. „Daily Mail“ meldet, daß Lord Inchausti, der im Auftrag der britischen Regierung über die ehemaligen deutschen Tonnage zu verfügen hat, die laut Friedensvertrag England zugewiesen worden ist, mitteilt, daß er über 48 deutsche Schiffe verfügt hat. Der erzielte Preis betrug 4.766.975 Pfund Sterling. Das bedeutet etwas mehr als 18 Pfund Sterling für die Tonne. Kein einziges Passagierschiff und kein einziges der bekanntesten Schiffe wie „Bismarck“ und „Imperator“ haben Käufer gefunden. Die sechs größten verlaufenen Schiffe waren „Berlin“, „Möbius“, „Zepelin“, „Königin Luise“, „Prinz Ludwig“ und „König Friedrich August“.

### 10,8 Milliarden für die Beamtenbesoldungen

Berlin, 20. Okt. (Privattelegramm.) Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat dem Reichstag zum Gegenstand über die Minderung des Besoldungsgeleges vom 30. April 1920 eine Begründung zugehen lassen, nach der sich der jährliche Aufwand für die Besoldung der Reichsbeamten (Grundbesoldung, Orts-, Kinder- und Zenerungszuschläge, Betriebszulagen für Eisenbahnbeamte) nach dem Stand des Besoldungsgeleges vom 30. April 1920 auf über 10 Milliarden Mark stellt. Hierzu kommen bei Annahme des Regierungsentwurfes 2 Milliarden Ausgaben in Höhe von jährlich mehr als 800 Millionen Mark. Eine Zuzug für diese Mehrkosten ist zurzeit nicht vorhanden und es wird bei der außerordentlich ersetzten Finanzlage des Reiches nicht leicht sein, sie zu finden. Jedenfalls erscheint es völlig ausgeschlossen, über den Regierungsentwurf hinaus Geld runnen in das Gefäß hineinzuarbeiten, die einen nennenswerten Mehrertrag zu verzeichnen würden.

### Neue Annahmen der Franzosen im besetzten Gebiet

Strenge Brief- und Telegrammzensur in der Pfalz. Wie der „N. Bad. Landeszeit.“ geschrieben wird, erschienen vor vierzehn Tagen ein französischer Offizier und fünf Soldaten im Oberrhein im Oberpostdirektion Speyer. Der Offizier bezeichnete zwei Dienstzimmer, zog seine Uhr und erklärte, innerhalb vierzig Minuten müssen diese Zimmer geräumt sein. Die Oberpostdirektion mußte sich dem Zwange fügen. Seitdem über den von den Franzosen in Speyer eine rücksichtslose Kontrolle der ein- und ausgehenden Postläufe aus. Auch eingeschriebene Briefe werden geöffnet. Sämtliche Postläufe werden durch die Kontrolle eine Verzögerung von mindestens einem Tag, oft länger, wodurch die Speyerer Geschäftswelt schwer geschädigt wird. Die Kontrollorgane scheinen im Besitz schwarzer Listen zu sein, da die Korrespondenz einer Reihe von Personen immer wieder geöffnet wird. Der Telegrammverkehr wird von anderen französischen Soldaten überwacht. Durch eine besondere Anspaltung der telephonischen Leitungen werden die telephonischen Gespräche, besonders von und nach auswärts, mitgehört.

### Neue Kohlenpreise in Sicht

Wien, 20. Okt. In der gestrigen Wirtlichkeiterversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenverbands wurde aufgrund der den Bergarbeitern zur Regelung der Lohnverhältnisse im hiesigen Revier zuerkannten Bezüge der Vorstand ermächtigt, bei dem Reichskohlenverband eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise zu beantragen.

### Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M., 19. Okt. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge erschienen in drei Mainzer Schulen französische Kriminalpolizei und Gendarmerie und behaupteten, daß sich in den Kellern der Schulgebäude Waffen und Munition befänden. Eine bis ins kleinste durchgeführte Untersuchung, bei der sogar Hände eingetrieben wurden, erwies die Haltlosigkeit der Behauptung.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Die Junft der Silberarbeiter, die ihr Anwesen auf der Straße Frankfurt-Mainz-Saarbrücken treiben, ist um zwei Wochen armer geworden. Zwei junge Saarbrücker, ein Schachspieler und ein Schriftsetzer, seien während des Frankfurter Rennens Kriminalbeamten durch ihren wackeligen Gang auf. Was man sie abends auf dem dortigen Bahnhof sah, gingen sie nicht wadelig; man nahm sie auf die Wachtube und machte folgende Entdeckung: Unter dem Rock trug jeder der jungen Herren zunächst eine Weste mit unzähligen Taschen, in denen lauter deutsche Silbermünzen steckten. Unter den Westen kamen sodann Korsetts zum Vorschein, die ebenfalls große Mengen Münzen bargen. Jeder der Furschen trug etwa einen halben Zentner Münzen am Leibe, die sie in Frankfurter Scheidebüchsen aufgesammelt hatten. Die Feststellungen ergaben, daß die Leute diese Silbermünzen von Saarbrücken nach Frankfurt schon sehr oft unternommen hatten.

Berlin. Einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Mainz zufolge hat die Mainzer Arbeiterkassette infolge von Zurückhaltung und Verschönerung von Kartoffeln an die kleinste öffentliche Bauernschaft ein Ultimatum gestellt, zur festgesetzten Stunde ortstreue 10 Zentner pro Wagen zum Preise von 25 M abzuliefern, andernfalls sie zur Selbsthilfe greifen würde.

Brüssel, 19. Okt. Der Gewerkschaftskongress sprach sich einstimmig zu Gunsten der etappenweisen Verstaatlichung der Industrien aus. Als erste zu verstaatlichende Zweige werden genannt Eisenbahnen, Seetransportwesen, Kohlenminen, Versicherungen, Kreditinstitute, Banken, Beleuchtungswesen und Kraftwerke.

Paris, 20. Okt. Der „Temps“ berichtet über einen Aufstand in Kanada, dem der ehemalige Diktator Castron nahe stehen soll. Die Stadt Victoria sei bereits in den Händen der Aufständischen.

Paris, 20. Okt. Wie die „Liberte“ mitteilt, beklagen die Bergarbeiter des Loirebeckens die Vernichtung der Kohlenförderung. Wahrscheinlich werden sich die anderen französischen Bergarbeiter dem Beklagen anschließen.

Paris, 20. Okt. Der Parteitag der französischen Sozialisten ist auf den 25. Dezember verschoben worden.

Marseille, 20. Okt. Das Zollamt fand im Gepäck eines aus Konstantinopel gekommenen armenischen Studenten Devisenwerte im Nominalbetrage von 54 Millionen Rubel, mit denen der Student in Frankreich Finanzoperationen vornehmen wollte.

Paris, 20. Okt. Für die heute zur Zeichnung gelangte neue nationale Anleihe sind, wie das „Journal“ meldet, bereits 2 1/2 Milliarden Francs gezeichnet worden. Man schließt daraus, daß die neue Anleihe einen großen Erfolg bedeuten wird.

Genève, 19. Okt. Es ist beschlossen worden, wie im vorigen Jahr am Tage des Waffenstillstandsvertrags um 11 Uhr vormittags in ganz Großbritannien zwei Minuten lang jede Bewegung zu unterbrechen.

### Die nächste Spaltung

S. K. Die Spaltung der U.S.P. war schon längst vollzogene Tatsache; sie ist in Halle nur gewissermaßen öffentlich beglaubigt worden. Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich jetzt im glücklichen Besitz von vier radikalen Splinterpartien: U.S.P. Richtung: Crispin-Redebour, U.S.P. Richtung: Däumig, Stöder-Adolf Hoffmann, K.P.D. Richtung: Dr. Levi, K.P.D. Richtung: Dr. Broh-Dr. Lamp. Die linksradikale Jugendbewegung hat uneres Wissens drei Gruppen, was ein bedauerliches Zurückbleiben hinter der Leistungsfähigkeit der Erwachsenen Arrradikalen darstellt. Von der M.M.U. (Allgemeine Arbeiter-Union), den Syndikalisten, den individuellen Anarchisten und einigen anderen Gruppen ganz zu schweigen.

Aber dieser Spaltungsprozess kann unmöglich schon abgeschlossen sein. Es wäre ja geradezu lächerlich, wenn Redebour und Hilferding auf die Dauer in einer Partei zusammen blieben. Redebour ist der große Schauvielder der Revolution, dessen einziges Interesse darin besteht, sich selbst Bombenrollen auf den Leib zu schreiben. Er hat den Januar-Rufsch von 1919 in erster Reihe mitgemacht und wenn er geschildert wäre, dann hätte Redebour sich mit der Glorie des Veranlassers und Leiters dieser großen proletarischen Revolution umgeben und darauf geschworen, daß er den Januar-Rufsch gemacht hätte, wie er bekanntlich — schlafend wie der seltsame Odysseus, als er in Ithaka landete — die Revolution vom 9. November „gemacht“ hat. Herr Hilferding aber hat diese Entfesselung des Bürgerkrieges im Proletariat durch Redebour als die „Marne-Schlacht der deutschen Revolution“ gezeichnet, und die Gefolgschaft Hilferding's hat stets diese Januarverheerung als ein Wahnsinnsunternehmen, als ein ungeheures Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse, angesehen. Die Situation vom Januar 1919 muß sich in irgend einer Form wiederholen. Immer wird Herr Redebour für ein blutiges Scharfspiel um die Macht zu haben sein, während Herr Hilferding ebenso aus Klugheit wie aus Instinkt sich davon so weit wie möglich entfernt halten wird.

Genau die gleichen Gegensätze bestehen zwischen Rosenfeld und Hilferding, zwischen Rosenfeld und Redebour. Es wird schwer sein, in der neuen Rechts-U.S.P. auch nur ein halbes Duzend Führer zusammen zu finden, die über die allfällige Demagogie hinaus gemeinsame Wege und gemeinsame Ziele haben. Der rechte Flügel der neuen Rechts-U.S.P. hat zum Ziel die Arbeiterregierung. Trotz aller Phrasen von Diktatur und Mätherrschaft, die man praktisch nicht glaubt entbehren zu können, wäre ihm doch am wohlsten, wenn er in einer gemeinsamen Regierung mit den Mehrheitssozialisten wirklichen Einfluß auf das Schicksal Deutschlands gewinnen könnte. Der linke Flügel der Rechts-U.S.P. kennt kein sehnlicheres Ziel als Gelegenheit zu finden zur möglichst grobkörnigen Beschimpfung der Sozialdemokratie. Wieder ist ja Herr Redebour der Mann der sich gerührt hat, gelacht zu haben, als Ebert und Scheidemann nach dem 9. November die Wiederherstellung der Einigkeit des Proletariats oder, mindestens eine gemeinsame proletarische Regierung vorschlugen. „Ah, was wie an Rosenfeld überreißt dran, wenn man von ihm das Schimpfen auf die Sozialdemokratie hört.“

Ebenso wenig wird die Linke-U.S.P. auf die Dauer zusammenbleiben können. Herr Adolf Hoffmann z. B. will einfach Demagoge sein und sich von niemanden an Radikalismus übertreffen lassen. Aber Däumig und Richard Müller haben ihre besonderen Mäthgedanken, von denen die von Hoffmann keine Bohne verstehen. Schon die Frage der Verschmelzung mit der K.P.D. muß die Gegenstände aufrollen und vielleicht ist der Streit um die Stellung zu den Gewerkschaften schon in den allernächsten Wochen ein Konfliktgegenstand, der zu neuen Trennungen führt. Denn die K.P. will zwar die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam zertrümmern, aber sie will es nur in der Weise, daß geschlossene große Gewerkschaften wie etwa der Metallarbeiterverband sich von Amsterdam losjagen und an Moskau anschließen. Die Däumig und Richard Müller müssen aber, um mit ihrer Art der Mäthpropaganda vorwärts zu kommen, die Gewerkschaften an jedem einzelnen Ort und in jedem einzelnen Bezirk zertrümmern. Bei der ersten praktischen Aktion muß die linke U.S.P. sich in ihre Bestandteile auflösen.

Das einzige Feind, was es links von der Sozialdemokratie überhaupt gibt, ist das Geld und der Befehl von Moskau. Aber den Segen der Moskauer Päpste hat, hat auch der Rubel und das Gold. Vielleicht kristallisiert sich um diesen Mittelpunkt eine härtere Gruppe; alles andere ist Nebel und Dunst wie Nebelwolken und muß zerflattern. Die Spaltung links ist nicht beendet; sie hat erst angefangen. Bis ins Unendliche wird sich die Spaltung fortsetzen.

Einstweilen wird der Kampf zwischen rechter U.S.P. und linker U.S.P. mit den Mitteln entfremden, zu denen die Unabhängigen Demagogen ihre Anhänger im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gedreht haben. In Halle haben die Reformkommunisten bereits das Parteiblatt und das Parteisekretariat beiseite und die bisherigen Redakteure

und Parteifreie hinausgeworfen. In Berlin sind sie bei einem nächtlichen Einbruch in das Zentralbüro der U.S.P. im Gebäude der „Freiheit“ einzuweichen abgewiesen worden; denn die Rechts-U.S.P.-Genossen stehen in starken Scharen Tag und Nacht vor der „Freiheit“ Wache, und es wäre leicht möglich, daß in der breiten Straße, wo die „Freiheit“-Kapitalisten sich das Gebäude der ehemaligen „Vossischen Zeitung“ gekauft haben, noch Strafe zahlen müssen für die Lügen, die sie einst über „das Blutbad am Markt“ am Weihnachtstage 1918“ verbreitet haben; sie können von ihrem Redaktionsfenster aus den Markt in dem ein die Volksmarinestation hauste, bequemer sehen.

Die Kriegskosten des neuen Kampfes werden zunächst die Gewerkschaften tragen. Dieselben Leute, die sich maßlos empörten, wenn eine Gewerkschaft während des Krieges Kriegsanleihe kaufte, haben Millionen und Aber-Millionen in unabhängige Presseunternehmen hineingeworfen; Gewerkschaftsgeld, von dem ein großer Teil nie wieder zurückbekommen sein wird, Genossenschaftsgeld, über dessen Sicherung man sehr geteilter Meinung sein kann. Dieselben Leute, die mit vollem Recht gegen die Kirchen wettern, weil sie Geld von Juden und Heiden haben wollen, Staatsgeld, allgemeines Stenergeld, haben die Beiträge aller Mitglieder der Gewerkschaften in den brodelnden Parteifreier der brüdermörderischen radikalen Gruppen hineingeworfen. Es wird an der Zeit sein, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder sich einmal ernsthaft darum kümmern, wie die neuen unabhängigen Orts- und Zentralleitungen mit dem Gelde der Mitglieder umgegangen sind.

Links von der Sozialdemokratie stehen Splitter und wir sind prügelnde Häufen. Das Proletariat hat wiederum zur Vertretung seiner Interessen nur eine einzige Partei, die Sozialdemokratie, die fester und einiger ist als je in dem Entschluß, praktische Arbeit für das Volk zu leisten und die Demagogen zu verachten.

### Die Wahlen in Oesterreich

Die nunmehr abgeschlossenen Wahlen in Oesterreich zeigen das Gesicht, das man erwarten mußte. Wie in Deutschland bei den Juniwahlen hat auch in Oesterreich der bürgerliche Gedanke sich einbar einen Sieg errungen. Einmal liegt das daran, daß in dem Jahr, das auf den Weltkrieg folgte, viele Elemente zur Sozialdemokratie überstiegen, die innerlich nichts mit ihr gemein hatten und die jetzt wieder Anschlag an die bürgerlichen Parteien suchen.

In zweiter Linie hat die Not der Zeit das Ihre getan. Es war bequem für die Christlichsozialen, mit der Phrase haufieren zu gehen: forat dafür, daß die sozialistische Wirtschaft nicht wiederkehrt, und Handel und Wandel wird unter der bürgerlichen Regie wieder aufblühen. Nun, man hat es ja in Deutschland gesehen, in wie hohem Grade aufbauend die Notzeiten-Verzeiter wirken. Den Himmel können auch sie nicht auf die Erde herabzaubern. Mit langen Gesichts- und nachstehender Unzufriedenheit erkennen die „Christlichen“, daß das Herz der Ententemänner gleich kalt bleibt, ob sie in Verfall mit einer sozialistischen oder in Spa mit einer gut bürgerlichen Regierung zusammenstehen, und daß ein Que ein immerhin besserer Volksvertreter ist als Stinnes. Und manch einer sehnt sich schon heute nach jener Zeit zurück, in der es nicht möglich war, daß die Margarine von 9 M auf 15 M heraufgeschwemmt und der inländische 3-Mark-Brot vom Markt verschwindet, um dem „ausländischen“ 13-Mark-Brot Platz zu machen.

Nun sind die Verhältnisse in Oesterreich keineswegs besser als in Deutschland; aber daß sie unter einer bürgerlichen Regierung besser werden sollten, daran ist ebenbürtig zu denken wie in Deutschland. Leider sind die Verhältnisse in Oesterreich viel verwickelter als bei uns. Dort würde ein bürgerlicher Block auch nach dem Wahlausfall sich nicht den Luxus einer rein bürgerlichen Regierung leisten können. Die Sozialdemokratie ist zwar an die zweite Stelle gerückt, aber nur, um den Christlichsozialen ein paar Sessel zu überlassen.

Es wird aber auch in Oesterreich zutage treten, daß mit einem Zufallsfolge der Bürgerlichen für oder wider den Sozialismus nichts bewiesen ist. Der endgültige Sieg des Sozialismus hängt, nicht von ein paar Mandaten mehr oder weniger ab, er hat sich jenseits der starren Parteiböden fest in das Nervenmark des Staates eingebettet und kann daraus nicht mehr vertrieben werden, ohne den fetten Gang der Staatsmaschine zu gefährden. Und so ist der Sieg der Bürgerlichen in Oesterreich nicht viel mehr als ein Augenblicker.

### Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

Die Erscheinung des Unbekannten hatte Georgs Neugierde zu sehr aufgeregt, als daß er nicht begierig den Vorschlag des Pfeifers von Gardt angenommen hätte besonders auch, da er darin den besten Beweis für die Wahrheit oder Falschheit seiner Aussagen finden konnte. Sein Führer ergreift die Fänge des Rosses und führt sie einen engen Waldweg herab. Georg folgte, nachdem er einen Blick nach den Fenstern des Lichtenstein zurückgeworfen hatte. Sie zogen schweigend immer weiter, und dem jungen Mann schien dieses Schweigen nicht unangenehm zu sein, denn er machte keinen Versuch, es zu unterbrechen. Er hing seinen Gedanken nach über den Mann, zu dessen geheimnisvoller Wohnung er geführt wurde. Unablässig beschäftigte ihn die Frage, wer dieser Geächte sein könnte. Er erinnerte sich wie aus einem Traum, daß mehrere Anhänger des vertriebenen Herzogs aus ihren Besitzungen gelaat worden seien ja es dachte ihm sogar, es sei in der Herberge zu Pfalzingen, während seines teilnahmslosen Einrückens, von einem Ritter, Marx Stumpf von Schweinsberg, die Rede gewesen, nach welchem die Bündischen fahndeten. Die Tapferkeit und ausgezeichnete Stärke dieses Mannes war in Schwaben und Franken wohlbekannt; und wenn sich Georg die zwar nicht überaus große, aber kräftige Gestalt, die gebietende Miene, das geldenmäßige, ritterliche Wesen des Mannes ins Gedächtnis zurückrief, ward es ihm immer mehr zur Gewißheit, daß der Geächte kein anderer als der treueste Anhänger Alrichs von Würtemberg, Marx Stumpf von Schweinsberg sei.

Besonders furchtsam für die Phantasie des jungen Mannes war auch der Gedanke, einen gefährlichen Gang mit diesem Tappenz gemacht und in einem Gefächte seine Klingen mit der feinsten gemessen zu haben, dessen Ausgang zum wenigsten sehr unentschieden war.

So dachte in jener Nacht Georg von Sturmfeber, aber noch viele Jahre nachher, als der Mann, den er in jener Nacht bekämpfte, längst wieder in seine Rechte eingesetzt war, und seinem Pfisthorn wieder einige Hunderte folgten, rechnete er es unter seine schönsten Waffentaten, dem tapfern, gewaltigen Unbekannten seinen Schritt breit gewichen zu sein.

Die Wandrer waren während diesem Selbstgespräch des jungen Mannes auf einer kleinen, freien Waldwiese angekommen; der Pfeifer band das Pferd seitwärts an und winkte Georg zu folgen. Die Waldwiese brach in eine Schroffe, mit

1019, wie ja überhaupt die Natur die Wellenlinie nicht, im Aufstieg sowohl wie im Abstieg.

### Der Streik in England

Am Samstag erfolgte die Verkündung des Streiks der Bergarbeiter in England. Nach langem Zögern, eingehenden Erwägungen und langwierigen Verhandlungen ist damit eine Arbeitseinstellung Laifache geworden, die für das gesamte englische Wirtschaftswesen von einschneidender Bedeutung werden muß. Wir haben über die verschiedenen Stadien der Entwicklung dieser Bewegung laufend berichtet, so daß wir uns heute darauf beschränken können, daran zu erinnern, daß die ursprünglichen Forderungen der Bergarbeiter auf eine Lohnhöhung um 2 Schilling 6 Pence für die Tonne und eine gleichzeitige Verbilligung der Tonne Hausbrandkohle um 14 Schilling hinausliefen. Beides wurde unter Hinweis auf die Uebereinkommen für durchführbar erklärt, die der englische Staat aus dem Kohlenverkauf erzielt, die den höchsten Auslandpreisen erzielt und die auf rund 88 Millionen Pfund Sterling herabgerechnet werden. Durch die Verbilligung dieses Ueberzuschusses zur Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auf der einen und zum Preisabbau für die Industriellen auf der anderen Seite wollen die Bergarbeiter auch die Wiedereinführung der Privatwirtschaft verhindern, so daß der Kampf der englischen Bergarbeiter letzten Endes für die Nationalisierung des englischen Kohlenbergbaus geführt wird. Gerade darin liegt seine ungeheure weit über die Grenzen Englands hinausgehende Bedeutung.

Das Publikum soll die Verkündung des Streiks ruhig hingenommen haben, obwohl es von dem Streik sehr hart in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Die Regierung soll alles vorbereitet haben, um den Kampf bis zum Ende durchzuführen. Sie befohl die Einstellung jeglicher Kohlenausfuhr und ordnete an, daß die bereits geladenen Kohlen wieder ausgeladen werden. Ferner hat die Regierung alle Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung getroffen. Tausende von Kraftwagen wurden zur Heranschaffung der Lebensmittel bereitgestellt.

Doch sind auch diese Maßnahmen in Frage gestellt, sobald die Transportarbeiter mit den Bergarbeitern gemeinsame Sache machen. Wie nahe diese Gefahr gerückt ist, zeigt eine Cabasmeldung aus London, wonach eine Versammlung der Vertreter von 25000 Transportarbeitern von London eine Resolution im Sinne einer nationalen Forderung eines Mindestlohnes von 4 Pfund Sterling für die Woche angenommen hat. Ferner wurde die Streikandrängung mit einer Frist bis 23. Oktober beschlossen. Die Resolution besagt auch, daß die Transportarbeiter bereit sind, allen aus Grund der Solidarität mit den Bergarbeitern erhaltenden Befehlen nachzukommen. Nach diesen Mitteilungen stehen also dem englischen Wirtschaftswesen sehr schwere Tage bevor, die auch die gesamte Weltwirtschaft hart in Mitleidenschaft ziehen werden.

Amsterdam, 20. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Die Lage im Bergarbeiterstreik ist am zweiten Tage unerbändert. Die Folgen des Ausstandes machen sich bereits empfindlich bemerkbar. In Yorkshre wird mit dem Abbruch der Kohlen begonnen. Die Forderung von Lohn- und Kohlenhöhen von 180000 englischen Pfund und Motortransportarbeitern droht ebenfalls zum Streik zu führen.

London, 20. Okt. Im Unterhaus erklärte Abgeordneter Brace, daß die Grubenarbeiter den Vorschlag der Regierung, den Lohnstreik einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der Lohnforderungen von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht würde und die Bergarbeiter eine Ueberproduktion befürchteten. Wenn die Grubenarbeiter eine Niederlage erleiden sollten, dann würde dies nicht dazu beitragen, die Kohlenförderung zu steigern. Den Bergleuten müßte die von ihnen geforderte Lohn- und Kohlenhöhen zugestimmt werden.

London, 20. Okt. Die Eisenbahngesellschaften haben mit der Einschränkung des Zugverkehrs begonnen.

### Die beiden U.S.P.-Sage

Die Moskauer im Reichsparl.

Gegen 410 Uhr vormittags wird im hiesigen Reichstags-Saal des Reichsparlaments die Tagung des linken Flügels der U.S.P. der Moskauer-Anhänger, eröffnet. Der Vorsitzende Adolf Hoffmann erhebt dem Vorsitzenden der U.S.P. für Moskau das Wort. Alsbald verliest Brahm-Nemtschew einen langen Aufruf, der sich an das Proletariat

Deutschlands wendet und einen solchen, der an die Mitglieder der U.S.P. richtet ist und dem rechten Flügel das Recht streitet, im Namen der U.S.P. zu sprechen und diesen Namen zu gebrauchen, der ferner die Delegierten, die den Aufruf nach der Abstimmung verlassen haben, als außerhalb der Partei stehend erklärt. Im Aufruf wird dann selbst noch der Ausdruck gebracht, daß der linke Flügel „in Wirklichkeit die die zur Verbreitung gelangen sollen, einstimmig angenommen.“

Auf Vorschlag des Vorstehenden Groß wird dann davon Abhand genommen, noch weitere Tagesordnungspunkte zu erörtern. Diese sollen vielmehr auf einem neuen Parteitag besprochen werden.

Daraufhin nimmt Däumig das Wort zur Schlussfolgerung: Der Parteitag 1920 ist, so wird man sagen, ein Parteitag der Zerrückung gewesen, in Wirklichkeit hat sich aber nur eine Regierung vollzogen. Er hat in seinen Beschlüssen alle parlamentarischen Erklärungen jeder früheren internationalen Bewegung weit übertrifft. Wir wollen aber nicht vergessen, daß wir nun diese Beschlüsse auszuführen haben. Wir müssen uns klar darüber sein, daß nicht nur die gesamte bürgerliche Welt geschlossen gegen uns gerichtet ist, sondern auch ein Teil der sozialistischen. Jetzt darf für uns nicht mehr die bloße Bewegung, sondern die große politische Aktion im Vordergrund stehen. Den revolutionären Kampf dürfen wir nicht mehr verflumpfen lassen im organisatorischen Kleinraum. Es heißt jetzt, aus dem Stadium der passiven Demonstration zur Aktion überzugehen. Wir werden die größten Schwierigkeiten auch im Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaucratie auszufechten haben, aber die Beschlüsse von Moskau verlangen, daß sie schnell wie möglich durchgeführt werden. Deshalb müssen wir die Arbeiterklasse zur Aktivität erziehen. Die kleinen lokalen Parteizellen müssen sich aufrufen, wir müssen zur Organisation der proletarischen Massen übergehen. Wir werden vieleicht erleben, daß der Teil, der gestern hier das Tischtuch zerhackt hat, nun mit gleichgesinnten Elementen aus anderen Ländern eine Erbschaft-Internationale schaffen wird. Mögen sie es tun, je eher, um so besser werden sie Platz erleben. Es liegt fest, daß unser Parteitag der Parteitag der U.S.P. ist; es liegt weiter fest, daß alle Beschlüsse, die hier gefaßt wurden, auf Grund der Regeln der proletarischen Demokratie vorgenommen wurden. Am Verlauf seiner weiteren Rede gest Däumig auf die Schwierigkeiten ein, die sich in organisatorischer Hinsicht aus der Zerrückung ergeben werden. Weiter führt er aus, die Zerrückung mit der U.S.P. werde auf manche Hindernisse stoßen. Dieser Parteitag hat als U.S.P.-Parteitag angefangen und wird auch als U.S.P.-Parteitag schließen. Wir werden unsere parteipolitische Selbstständigkeit wahren, bis die Verhandlungen mit der U.S.P. die Vereinigung ergeben haben. Es wird aber jetzt schon eine Bestätigung und Fühlung mit der U.S.P. eintreten. Sie haben sich durch die Annahme der Moskauer Bestimmungen auf den Boden der Natur gestellt; wir werden nun die Pflicht haben, mit allen Mitteln durch die Ta-bellen Standpunkt zur Durchführung zu bringen. Der Kampf soll nicht mit persönlichen Waffen in der Reichstagskammer geführt werden. (Eine sehr laute Erkl. der U.S.P. und U.S.P. erhebt sich in der Reichstagskammer und macht sich laut.)

Nachdem seine Ausfühung, (Großer Beifall.) Nachdem noch ein Antrag, die in Leipzig eingetragenen Kom-missionen für die Beratung des Parteiprotokolls und des Parteiprogramms aufzuheben angenommen wurde, hielt der Vorsitzende Brahm die Schlussansprache, die mit dem Beginn der Internationalen beendet wurde.

Schluss des Parteitages nach 11 Uhr.

Die „Rechtler“ im „Joo“.

Bei der Eröffnung der Tagung der aus dem „Joo“ ausgezogenen Mitglieder erklärte Dittmann, genau so wie drüben im „Vollparl“ Däumig, nur dieser Parteitag sei der wahre U.S.P.-Tag. Nachdem sich getrennt, so erklärte er, vier Vorstandsmitglieder der Partei durch ihre Zustimmung zur Resolution Däumig-Edler außerhalb der Partei gestellt hätten und somit auch ihr Amt im Zentralkomitee erloschen sei, habe sich das nunmehr noch aus drei Genossen bestehende Zentral-komitee der Partei sofort zu einer Sitzung im Saale zusammenge-funden und die von Grippen dann abgegebene Erklärung be-schlossen. (Ein wahres Geknurre; denn zwischen der Feststellung der Annahme der Moskauer Resolution und der Erklärung Grippens lagen ganze fünf Sekunden! D.)

Dittmann stellte dann die gestern abgeleitete Resolution Ledebour-Rosenfeld zur Abstimmung. Sie fand einstimmige Annahme, was mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Gleichfalls ohne jeden Widerspruch wurden zwei Resolutionen ge-faßt, deren eine die Reichstagsdelegation beauftragt, für ein Amnestic und für das Anrecht aller politischen Gefangenen in

eine weite Grotte führte, die wie der festlich geschmückte Saal des unterirdischen Palastes anzu sehen war. Sein Führer mochte den gemäßigten Eindruck bemerken, den dieses Wunderwerk der Natur auf die Seele des Jünglings machte. Er nahm ihm die Fadel aus der Hand, stieg auf einen vorspringenden Felsen und beleuchtete so einen großen Teil dieser Grotte.

Während weisse Felsen sah die Wände ein, lähne Schweißgüsse, Wühlungen, über deren Schönheit das irische Auge staunte, bildeten die glänzende Kuppel; der Tropfstein, aus dem diese Höhle gebildet war, hing voll vielen Millionen kleiner Tropfen, die in allen Farben des Regenbogens den Schein zurückwarfen und als silberne Quellen in kristallinen Schalen sich sammelten. In grotesken Gestalten standen Felsen umher, und die aufgeregte Phantasie, das trunke Auge glaubte bald eine Kapelle, bald große Mäure mit reicher Draperie und gotisch verzierten Kanzeln zu sehen. Selbst die Orgel selbst dem unterirdischen Dome nicht, und die wechselnden Schatten des Fadellichtes, die an den Wänden hin und her zogen, schienen geheimnisvoll erhabene Bilder von Märtyrern und Heiligen in ihren Nischen bald auf, bald zuzudecken.

So schmückte die christliche Phantasie des jungen Mannes, voll Ehrfurcht vor dem geheimnisvollen Wirken der Gottheit, das unterirdische Gemach zur Kirche aus, während jener Aladin mit der Wunderlampe die Säle des Paradieses und die ewig glänzenden Reuben der Huris geschaat hätte.

Der Führer stieg, nachdem er das Auge des Jünglings für hinlänglich gefügigt halten mochte, wieder herab von seinem Felsen. „Das ist die Nebelhöhle“, sprach er; „man kennt sie wenig im Land, und nur den Jägern und Hirten ist sie be-kannt; doch wagen es nicht viele, herinzugehen, weil man allerlei böse Geschichten von diesen Kammern der Gespenster weiß. Einem, der die Höhle nicht genau kennt, möchte ich nicht raten, sich herabzuwagen; sie hat tiefe Schlünde und unter-irdische Wasser, aus denen keiner mehr ans Licht kommt. Auch gibt es geheime Gänge und Kammern, die nur fünf Männern bekannt sind, die jetzt leben.“

„Und der geächte Ritter?“ fragte Georg.

„Reimt die Fadel und folget mir.“ antwortete ferner und schritt voran in einen Seitengang. Sie waren wieder etwa zwanzig Schritte gegangen, als Georg die tiefen Töne einer Orgel zu vernehmen glaubte. Er machte seinen Führer darauf aufmerksam.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 245  
 Duisf...  
 schimp...  
 nienab...  
 fuaften...  
 Er...  
 das den...  
 zischen...  
 fische...  
 jernaf...  
 dann...  
 recht...  
 ficht, d...  
 Meolut...  
 Abmun...  
 Nach ei...  
 eine An...  
 würde...  
 runde...  
 was de...  
 trele...  
 Nacht...  
 Ein...  
 mar die...  
 bisher...  
 und der...  
 Jüland...  
 in Deu...  
 werden...  
 gefam...  
 diesem...  
 wieder...  
 Das...  
 predigt...  
 noch lau...  
 ten in...  
 liden a...  
 Schlier...  
 Wege z...  
 wäre die...  
 Der...  
 Sumter...  
 ten Gen...  
 Trennu...  
 Heiligen...  
 Er bezie...  
 schaft...  
 nativer...  
 einen Gl...  
 In...  
 geben...  
 handlung...  
 Die...  
 laende...  
 Luise...  
 feneid...  
 mon...  
 Aus-Ni...  
 Wengels...  
 werden...  
 Präf...  
 Minister...  
 wend...  
 Auf...  
 hängig...  
 gegen...  
 Abg...  
 Auswe...  
 den preu...  
 regierung...  
 Wüde...  
 des Re...  
 and f...  
 Sie...  
 Tri...  
 über...  
 fcheine...  
 schied...  
 die Hand...  
 Gelfen...  
 von dem...  
 Die Hand...  
 um sich...  
 perliche...  
 Wüde...  
 mir selbst...  
 ich...  
 wieder...  
 schütten...  
 genommen...  
 besonders...  
 brückt...  
 über...  
 des reich...  
 denarbeit...  
 hant...  
 fchlich...  
 fende...  
 gen, die...  
 domol...  
 fchlich...  
 nen...  
 schms...  
 verischen...  
 gezogen...  
 Königt...  
 große...  
 füllten...  
 mon...  
 h...  
 bekannt...  
 erfam...  
 fteumat...  
 fchen...  
 fches...  
 Beid...

Deutschland einzutreten, während die andere sich gegen die Verschärfung der Gewerkschaften durch die russischen Kommunisten richtet und zur Umwandlung der freien Gewerkschaften in Industrieorganisationen auffordert.

Einstimmig angenommen wurde schließlich ein Manifest an das deutsche Proletariat. Die Partei stellt darin mit Verdauern die Übertritt eines Teils ihrer Mitglieder in das kommunistische Lager und die dadurch hervorgerufene Schwächung der internationalen Arbeiterbewegung fest. Die U. S. P., so heißt es dann weiter, habe sich jederzeit für die Diktatur des Proletariats bis zur endgültigen Durchführung des Sozialismus eingesetzt, doch sei ihre Politik von den Rechtssozialisten während der Revolution vereitelt worden. Auf der anderen Seite hätten die Kommunisten durch politische Eitelkeiten und stalinische Nachahmung russischer Methoden jede gemeinsame Aktion lahmgelegt. Nach einer eingehenden Darlegung der katastrophalen Folgen, die eine Annahme der 21 Bedingungen für die Partei gehabt hätten, richtet das Manifest an die Arbeiterklasse die Aufforderung, gegen den Opportunismus der Rechten und Paritätulismus der Linken für eine einheitliche Politik im Kampf um konkrete Ziele bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht einzutreten.

Eine Abrechnung mit der bisherigen Politik der U. S. P. war die Rede Breitschids, der seinen Genossen erklärte, daß sie bisher zu sehr davon träumten, radikalen Bräsen gewesen seien, und dem deutschen Volk nicht die Wahrheit über die wirklichen Zustände im „kommunistischen“ Ausland gezeigt hätten. Auch in Deutschland selbst habe man sich immer erst gefragt: „Was werden unsere Kommunisten dazu sagen?“ Die Presse, sowie der gesamte Propaganda-Apparat der U. S. P. müsse gerade in diesem Sinne umgestellt werden, da es die alten Fehler nicht wieder machen dürfe!

Das interessanteste ist aber, daß der Parteitag diese Strafbildung ruhig über sich ergehen ließ, ja, sogar dem Redner noch laute Zustimmung spendete. Ob die unabhängigen Vertreter in Anbetracht der depressierenden Wirkung ihrer Politik, die ihnen am Samstag so greifbar vor Augen geführt wurde, so viel Selbstkenntnis gewonnen haben, daß sie sich bereits auf dem Wege zur Besserung befinden? Für das deutsche Proletariat wäre dies ein Vorteil.

Der langjährige Abgeordnete des Holländischen Reichstages Aunert, nahm von seinen seit reitlos nach Moskau abgewanderten Genossen mit bewegten Worten Abschied und bezeugte die Trennung als das Wert von Moskau. Für den „sonderbaren heiligen“ Sinowjew fand er keinen parlamentarischen Ausdruck. Er bezeugte die jegliche Stimmung in der holländischen Arbeiterklasse als eine Massenillusion, durch welche die zu einer sozialisierten Menge „Gläubiger“ geworden seien, die ihren ganzen Glauben auf das „ex oriente lux“ aufbauen.

In diesem Sinne sprachen fast alle übrigen Redner und sie haben damit nur der Stimmung Ausdruck, die über dieser Verhandlung lagerte.

Die Vorstandswahlen führten zu folgendem Ergebnis: Vorsitzende: Crispin und Ledebour, Sekretäre: Wittmann und Lutz, Kassier: Brück, Rühlert, Wofes, Ananisch, Rosenfeld, Schneider und Matzke, Ludwig, Toni Senner und Simon. Kontrollkommission: Lore Annes, Rod, Fruch, Magdeburg, Rühl, Karl, Karsten-Peine, Schwarz-Mannheim und Robert Wengels.

**Die U.S.P. im preussischen Landtag**

Die U.S.P. im preussischen Landtag. Die U.S.P. im preussischen Landtag hat entschieden, daß die Fraktion der U.S.P. als aufgeführt zu betrachten sei. Ihren bisherigen Mittelern wurde anempfohlen, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzurichten. Diese Mittelern würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 20. Oktober.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 143 Uhr. Am Ministertisch sind der Vizekanzler und der Reichsjustizminister anwesend.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Unabhängigen auf

**Aufhebung des Ausweisungsbefehls**

gegen die beiden Russen Sinowjew und Rosowski. Abg. Rosenfeld (U.S.P.) begründet den Antrag gegen den Ausweisungserlaß. Der Redner wandte sich besonders gegen den preussischen Minister Ebering, der den Wünschen der Reichsregierung bereitwillig entgegen habe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, seinen Erlaß zu begründen. (Die Ausführungen des Redners werden von vielfachen Zwischenrufen unterbrochen und führen zu großen Unruhen des Hauses.) Die sozialdemo-

kratische Arbeiterschaft protestiert energisch gegen die Ausweisung, weil sie jede terroristische Maßnahme verabscheut. Man sehe doch endlich von dem Terror gegen eine sich durchsetzende geistige Bewegung ab. (Stürmische Heiterkeit.) Ein neuer Geiß muß in Deutschland einziehen. (Encore stürmische Heiterkeit.)

Minister des Innern Dr. Simons gibt einen Überblick über die Vorgeschichte der Zulassung der russischen Delegierten: Im Anschluß an den Besuch einer linksstehenden deutschen Mission in Sowjetrußland sei der Besuch einer entsprechenden russischen Delegation in Aussicht gestellt worden. Dementprechend sei drei russischen Gewerkschaftsführern die Einreise gestattet worden und zwar auf vier Wochen. Eine Aufforderung, diese Paß auf elf zu erhöhen, sei abgelehnt worden, zumal eine Kommission deutscher Gewerkschaftler ausdrücklich erklärt hatte, einen Paß habe nur die Anwesenheit bestimmter Gruppen von Gewerkschaftlern. Diesem Bunde entsprechend sei noch vier Herren der Einreiseerlaubnis erteilt worden. Etwa drei Wochen in Hamburg und die zurückgebliebenen Delegierten eingetroffen. Man habe diese dort zurückgehalten, und sie hätten die Gelegenheit zu ausgiebiger Agitation ausgenutzt. Den übrigen Herren sei zur ausdrücklichen Bedingung ihrer Zulassung gemacht worden, daß ihre Verbotsbedingungen nur gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Charakter tragen dürfen, aber keinerlei Nebenpolitische Art gehalten werden sollten. Das hat sie nicht abgelehnt, dies doch zu tun, und so mußte dem Treiben des Herrn Rosowski Einhalt getan werden. Eine Verlängerung seines Aufenthalts konnte nicht mehr in Frage kommen. Aber da er nach Italien weiterreisen wollte, wollten wir ihn auch nicht sofort antreiben. Inzwischen hat Herr Rosowski sich weiter über die Vorschriften hinweggesetzt. Statt, wie ihm aufgegeben war, in Berlin zu bleiben, ist er nach Halle gegangen. Nun blieb uns nichts weiter übrig als die preussische Regierung um seine Ausweisung zu ersuchen. Den Beweis dafür, daß er entgegen den Zulassungsbedingungen politische Neben gehalten hat, kann ich jederzeit erbringen. Inzwischen kam auch aus Italien der Bericht, daß er dort nicht zugelassen wurde, und so blieb nur die Rückkehr nach Rußland offen. Was den Fall Sinowjew anbelangt, so ist ihm und einem anderen Delegierten, der aber nicht gekommen ist, auf Wunsch der unabhängigen Partei die Erlaubnis zur Einreise erteilt worden. Der Inhalt seiner Worte ist ja allgemein bekannt geworden. Das Kabinett konnte ja nicht anders, als sein weiteres Auftreten verhindern. Der Minister gibt an, daß das Verbot eines Fremdenrechts eine Idee der deutschen Gewerkschaften sei und daß es Sache des Reichstages sein werde, diese Idee zu schließen. Für die deutsche Arbeiterschaft aber bene er das Vertrauen, daß sie auf die Dauer erkennen werde, daß die Methoden Rußlands nicht die unseren seien. Wie aber eine Partei sich „die Unabhängigen“ nennen könne, die die Abhängigkeit von Moskau so deutlich behende, verliere er nicht. Der Redner schließt mit einem Hinweis auf den festen Glauben des deutschen Volkes an die Zukunft des russischen Volkes.

Abg. Venzke (Z.) bedauert das Fehlen eines Fremdenrechts und empfiehlt ein Abrecht ähnlich wie es die Vereinigten Staaten besitzen.

Abg. Wulle (D.M.) schildert die Tätigkeit des Herrn Agelbaum (Sinowjew), der mit Wofes und Tscholaj in Rußland ganze Städte heimsuchte. Ihm sei in Halle selbst das Wort „Bund“ zugefallen worden. Die Mehrheit des deutschen Volkes habe das Verhalten der Regierung für eine selbstverständliche Pflicht gehalten. Zu bedauern sei nur, daß die Leute überhaupt ins Land gelassen habe. Jedenfalls müsse der Ausweisungsbefehl auch sofort vollzogen werden. Wir verlangen die Ausweisung aller Elemente des Auslandes, die unter Vorkriegsbedingungen und aus diesem ein Verjudungsanliegen bolschewistisch-jüdischer Elemente machen wollen.

Abg. Dr. Bell (Z.) sprach die Ablehnung des Antrages aus und fordert ähnlich wie Abg. Venzke ein internationales Übereinkommen in Sachen des Fremdenrechts. Er begründe es, daß sich die Regierung in ihrem Bestreben, mit Rußland wieder auf einen guten wirtschaftlichen Fuß zu kommen, ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen in ernstliche Unterhandlungen eingelassen habe.

Abg. Marckly (D.Vp.) Wir fordern energisch die Anwendung der bestehenden Gesetze gegen diejenigen, die zur kommunistischen Revolution aufzuregen. Das wird der Massenfugektion am besten entgegenwirken.

Abg. Terlen (Dem.) hält das Verhalten der Regierung für jadis richtig und politisch gerechtfertigt.

Abg. Aonen (U.S.P.) entwirft Sinowjew den Grund, den die deutsche Arbeiterschaft ihrem bewährten Führer schulde. (Großer Applaus.) Er dankt ihm für das Vorbild, das er durch seine multilingualen Verwaltung in Petersburg gegeben habe. Das Ernährungs- und Wohnungsproblem habe er gelöst (Stürmische Heiterkeit). Alle Schaurmärdchen der Bolschewismus seien Plänen der antibolschewistischen Liga. Als Redner die Rechte, die Kaiser und Könige für die Wunden der Arbeiter verantwortlich macht, erhebt sich großer Lärm und Pörfufe. Die Rechte hat Terrorismus verübt, als sie die Arbeiterhitze vergossen. (Stürmische Unterbrechungen, Glade des Präsidenten.) Redner dankt

Herrn Vigdor Kopp für seine Bemühungen, die wissenschaftlichen Beziehungen zu Rußland wieder anzuknüpfen. Umso bedauerlicher sei es, wenn die Abgeordneten der Rechten teils aus Unkenntnis, teils aus Absicht, hier Rußland beschimpfen. Sinowjew sei ein echter Russe und habe niemals Apfelbaum geüßten. Dem Antrag werde keine Partei unterstehen, lege ihm aber keine Bedeutung, bei. Das die Rechten anbelange, so sei sie wenigstens im Falle Sinowjew klar. Dieser sei ausdrücklich zum Parteitag gekommen und in keiner Weise gebunden gewesen, und daß er russisch sprechen würde, leuchte ein. Die gesamte Presse wurde von der „Rechten“ bis zu Herrn Wulle stimmte in das Butegehr gegen ihn ein. Da pat die Regierung nach. Nun soll ein Ausnahmengesetz kommen. Redner wendet sich gegen die Behauptungen, daß Sinowjew und Rosowski Unterdrücker seien. Wenn Sinowjew wirklich Blut vergossen habe, dann habe er es zum Besten der Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie getan. Das Schlußwort erhält der Abg. Ledebour (U.S.). Das Recht der freien Meinungsäußerung werde nicht an der Frage scheitern, ob der Betreffende heimatberechtigt sei. Das Strafgesetz könnte nicht zur Anwendung gelangen, weil nicht in der Rede Sinowjew geäußert habe, was strafbar gewesen sei. Mit Gewalt könnte man keine geistige Bewegung tot machen. Daher sei er gegen alle terroristischen Gewaltmaßnahmen, möchten sie von Herrn Karofki in Wisnards Militärstiefeln oder von Herrn Aonen, dem Kommunisten kommen, der Herrn Sinowjew so als unzulässigen Gelegenheitsterroristen geschildert habe. Aber Herr Sinowjew muß hier bleiben, damit der deutsche Arbeiter endlich von ihm lernt. Das ist der Grund unseres Antrages. Zum Schluß kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen ihm und den Kommunisten über die Vorgeschichte des Antrages, die wiederholt zu stürmischen Unterbrechungen (große Heiterkeit) und viel Zwischenrufen Anlaß geben.

Nach einer Reihe persönlicher Auseinandersetzungen zwischen dem Kommunisten Dr. Lenz und dem Abgeordneten Ledebour (U.S.) wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt. Die Verlage gegen die Kapitalflucht wird einem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 27. Oktober, 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation wegen der Beschlagnahme der Dieselmotoren. Schluß 6 Uhr.

**Badischer Landtag.**

1. Öffentliche Sitzung.

Wiederwahl des Präsidiums — Bildung der Ausschüsse

Der bisherige Präsident Dr. Kopf eröffnet die Sitzung um 3.45 Uhr unter Begrüßung der zahlreich erschienenen Abgeordneten mit dem Hinweis, daß vor 100 Jahren am 18. Oktober 1820 der Grundstein des Ständehauses gelegt wurde. Wir wollen mit Gottvertrauen an die Arbeit gehen, um in dem jetzt beginnenden außerordentlichen Landtag weiter am Aufbau unseres Landes mitzuarbeiten! Vor allem sind vom letzten Landtag noch 12 Gesetzentwürfe zu erledigen, wozu noch eine Reihe Mitteilungen des Staatsministeriums und verschiedene Anträge sowie 44 Petitionen kommen.

Nach Bekanntgabe der zahlreichen Eingänge, darunter die Mandatsniederlegung der Frau Blatenius (Dem.) an deren Stelle Dr. Vof, prakt. Arzt in Mühlheim (Dem.) tritt, folgt die

**Wahl des Präsidiums.**

Die Wahl erfolgt durch Zuzug in folgender Weise: Präsidium: Dr. Kopf (Str.). 1. Vizepräsident: Maier-Heidelberg (Soz.), 2. Vizepräsident: Zbrig (Dem.), Schriftführer: von Weidenstein (Str.), Richter (Soz.), Köhlin (Dem.), Schwybe (D.Nat.).

Darauf folgte die Bildung der Ausschüsse des Landtags gemäß den Vorschlägen der Parteien, die sich in einer Pause der Sitzung sofort konstituierten. Haushaltungsaussch.: Vof, Marum (Soz.), Hellb. Vof, Glodner (Dem.), Geschäftsaussch.: Vof, Köhlin (Dem.), Hellb. Vof, Ged (Soz.), Verfassungsaussch.: Vof, Glodner (Dem.), Hellb. Vof, Wittmann (Str.), Petitionsausch.: Vof, Porter (Soz.), Hellb. Vof, Schneider (Str.), Eisenbahn- und Straßenaussch.: Vof, Duffner (Str.), Hellb. Vof, Köhlin (Dem.), Kultur- und Verwaltungsaussch.: Vof, Köhlin (Str.), Hellb. Vof, Strobel (Soz.).

Um 5.35 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Der Präsident bestimmt den Termin der nächsten Sitzung.

Den Ausschüssen des badischen Landtags gehören folgende Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an:

- 1. Haushaltungsaussch.: Kießlich, Gahn, Maier, Marum, Etzdinger, Weismann; Stellvertreter: Strobel, Frau Kießler, Arnold, Häffig, Morhoff, Kaufch.

**Die Hand des Kranken**

Sie ist wie viel andere Körperteile für den Arzt eine Art Siedriß, der ihm ohne Wissen des Patienten oft schon beim Gruß einen gewissen, oft sogar einen sicheren Aufschluß über dessen wirkliches Befinden gibt. In seinem feinen ercheinenden großen Reichtum der Perfusion und Auskultation schilbert Professor Götsch in überaus anregender Weise, wie die Hand des Kranken durch ihre Form, die Ausbildung der Gelenke und Muskulatur Anhaltspunkte für unsere Auffassung von dem Bau und der Muskulatur des übrigen Körpers verrät. Die Hand ist für den intelligenten Blinden das beste Mittel, um sich von dem ganzen vor ihm stehenden Menschen eine korrekte Vorstellung zu machen. Wie weit das geht, man sieht selbst vorgekommene Fälle zeigen, daß ein Blinder, mit dem ich öfter zusammen gekommen war, nach einjährigem Nichtwiedersehen bei der ersten Begegnung und herzlichem Händeschütteln sagte: „Es geht Ihnen besser, Sie haben wieder zugenommen“. Am wie viel mehr sagt die Hand dem Sehenden, besonders dem Arzt. Götsch sagt: „Die Hand des Kranken verrät uns, ob sie viel schwere Arbeit leistet oder geliebt hat, oder ob sie nicht an festes Jüngerlein gewöhnt ist. Die Hand des reich gewordenen müßigen Handwerkers und des verarmten Handarbeit leistenden Gebildeten behalten ihr Gepräge. Die Hand läßt uns erkennen, ob sie jedem Wetter ausgesetzt oder vorstellig vor allen Unbilden geschützt war. Die kalte und feuchte Hand zeigt ohne Worte von Arteriosklerose, Rheumatis, die zusammen mit anderen Erscheinungen ins Gebiet der klonomotorischen Neurose gehören und deshalb von allgemeiner klonomotorischer Bezeichnung für uns sind. Die Venen der Hand weisen uns einen wichtigen Hinweis auf die Weite des Kreislaufsystems und ihre Füllung. Die Venen werden auch bei peripherischen Gefäßkrämpfen, so beim Schüttelfrost, zusammengezogen. Sie dehnen sich zu diesen Strängen bei ungenügender Tätigkeit des Organs, doch muß bemerkt werden, daß individuell große Verchiedenheiten bestehen. Bevor man aus solch gemachten Aussagen auf eine nervöse Störung schließen, wird man fragen, ob die dazu gehörende Stellung der Gefäße, kenntlich an der blauen roten Hautfarbe der Hand, vorhanden ist. Bekannt sind die Veränderungen, die die Hand bei Nervenkrankungen durch gewerbliche Schädigungen, infolge von Vicht, Nervenreizungen und Hautleiden erfahren kann. Die krankhaften Bewegungen der Hände, insbesondere das als „Fingerzucken“ bekannte „Händezucken“ schwer Fieberkranker

war schon vor dreitausendfünfhundert Jahren dem griechischen Arzte Hippokrates bekannt.

Ebens schließt seine Skizze über die Hand des Kranken mit den Worten: „Die Betrachtung der Hand ist in üblich auf gekommen durch Beobachter und Romane. Es mag deshalb zur Rechtfertigung dieser Ausführungen das Wort Karl Gerhards Platz finden mit dem dieser kühne Forscher eine feinsinnige Studie über „Die Hand des Kranken“ schließt: „Die stumme Sprache der Hand sagt dem Arzte, der sie versteht, und brachtet vieles, was teils Frauen erwar, teils zu Fragen in bestimmten Richtungen beanlagt und berechtigt.“

**Theater, Kunst und Wissenschaft**

**Das Orchester des Landestheaters**

Man schreibt uns: Anlässlich der Veranstaltungen in der „Badischen Woche“ war das Landestheaterorchester Gegenstand aufdringlicher Erörterungen seitens der beschiedenen, in Karlsruhe zum Teil erstmalig zu Worte gekommenen Tonkünstler. Diese ärgerten sich nicht nur mündlich über die nicht oft genug aus schriftlich zu rühmende Leistungsfähigkeit des Orchesters. Der Komponist der „Nisibis“, Professor Friedrich Klose war von der orchestrale Wiedergabe seines Werkes voll des Lobes. Das das Orchester an Klangschönheit und Ausdrucksfähigkeit immer besser wurde, habe er beim Anhören seiner Oper erneut bestätigt gefunden. Eine wahre Freude sei es für ihn gewesen, mit welcher Aktualität die dynamischen Schwierigkeiten seiner Partitur bewältigt wurden. Jeder Ton, jeder Akkord arme Leben. Seine Worte ähnelten in dem Ausdruck: „Willi Jemand wissen, wie mußiziert werden soll, so möge er sich das Karlsruhe Orchester anhören!“

Geinrich Jölnner, dessen 3. Sinfonie zu Götzler kam, äußerte sich in einem Brief an den Operndirektor folgendermaßen: „Gestatten Sie mir, Ihnen und allen Herren des Orchesters des Bad. Landestheaters von ganzem Herzen zu danken für die wunderschöne Aufführung, die sie meiner Sinfonie zu Teil werden ließen. Ich habe dies Werk von einer Anzahl erstklassiger Orchester gehört, aber gefehle, daß im Punkte der Feinsinnigkeit und eines zart abgeleiteten, wie auch kraftvollen Ausdruckes ich diese Aufführung als eine die besten Anforderungen erfüllende bezeichnen muß. Was ein gelunges Geschäft verübt, daß eine so wundervolle Künstlerkorporation durch äußere widrige Um-

stände geschwächt oder gar zersprengt werde.“ — Der Komponist des „Simon“-Vorspiels, Franz Philipp, schreibt dem Orchester u. a.: „Ich erlaube mir, Ihnen und allen Herren des Landes-theaterorchesters nachträglich nochmals meinen aufrichtigen, tiefgefühlten Dank auszusprechen für Ihr unsagbar schönes Spiel, mit dem Sie mein „Simon“-Vorspiel betrugten. Eine solche Anpassungsfähigkeit, Kraft, Fülle und gleichzeitige Geschmeidigkeit habe ich noch selten erlebt.“

Diese Tatsachen und Anerkennungen hervorragender Musiker sprechen wohl für sich allein, daß das Orchester, trotz der äußeren Einwirkungen, die den deutschen Orchestern allseiner gerade in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Niedertiefen entgegenzutreten, nicht nachläßt, die Tradition einer ruhmvollen Vergangenheit zu wahren und zu fördern. Weist nur noch der Wunsch offen, daß die Orchestermitglieder von maßgebender Stelle endlich von den drückendsten Sorgen um ihre Zukunft befreit werden.

Ausdrücklich wollen wir es nicht veräumen, auf die unerreichte Höhe des hiesigen Orchesters hinzuweisen, die von den bedeutendsten Musikern und Komponisten anerkannt und gerühmt wird. Ein jedes der Mitglieder ist in seiner Art eine scharf umrissene und ausgeprägte Künstlererscheinung und in der Gesamtheit findet sich das Orchester zu einer Gemeinschaft zusammen, die höchsten künstlerischen Anforderungen der Opern- und Konzertmusik in seltener Vollendung gerecht wird. Neben der herrlichen Wagner- und Mozartinterpretation sei der herortragenden Wiedergabe Beethovenischer Werke gedacht, wie auch der besonders bemerkenswerten Vermittlung moderner Werke. Eine solche Körperkraft in irgend einer Weise zu beeinträchtigen, wäre eine Sünde nicht nur an der Kunst überhaupt, vielmehr an der Kunststadt Karlsruhe im Besonderen. Das vor allem mögen die sich vergegenwärtigen, denen irgendeine Entscheidung in dieser Sache anheimfällt.

Das Landestheater. Als Kinderdarstellung gelangt zum ersten Male am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Landestheater „Dornröschen“, ein Märchenstück von drei Akten von Robert Pürkner, zur Aufführung. Wie noch unerlässlich, fand im Vorjahre hier das vom gleichen Verfasser stammende „Mottäppchen“ außerordentlich lebhaften Anklang. Die für Pürkners Märchen charakteristischen Merkmale haben inzwischen sowohl „Mottäppchen“ als auch die übrigen bisher erschienenen Märchenstücke schon in über 100 Städten große künstlerische Erfolge eingetragen. — Am Freitag, den 22., ge-



Wichtig ist, daß in unserem Agrarprogramm Klarheit herrscht, sodaß auch der kleine Bauer Gewißheit hat, daß sein Eigentum nicht verstaatlicht wird.

Das Referat von Gen. Meerfeld über die Internationale war nach Ansicht des Redners etwas farblos, was verständlich ist, weil unsere Genossen im Westen unter dem Eindruck der Franzosen zu leiden haben.

Ein Punkt Änderung des Parteiprogrammes ist erforderlich, daß Gen. Dr. Braun in seinem Referat den alten Nationalismus mit seinem Streben zur Errichtung einer bürgerlichen Reformpartei ablehnte und ein Festhalten an unseren sozialdemokratischen Grundgedanken betonte.

Der Vortrag von Gen. Franz Schmidt über das Agrarprogramm gipfelte in dem Satz, daß wir unterscheiden müssen zwischen Groß- und Kleinbetrieb.

Gen. Dr. Kunge wendet sich gegen die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gen. Wissel und Schmidt, die besser unterblieben wären.

Gen. Trinks hat auch den Eindruck, daß das, was Dr. Diez heute gesagt hat, etwas anders ist, als was er damals sagte.

Gen. Müller-Reel meint, Dr. Kullmann habe sich für einen Aktiven eingestellt, der eine Verteidigung gar nicht nötig hat.

Gen. Schöpslin stellt einige Irrtümer des Gen. Kunge bezüglich der Ausführungen im „Volkstribunal“ fest.

Gen. Kullmann hofft, daß mit der heutigen Versammlung die letzten Auseinandersetzungen ein Ende nehmen.

Die Zeitungsberichte über die Angelegenheit Dr. Diez haben keinen guten Eindruck gemacht. Die badischen Genossen, die die Erklärung gegen Gen. Dr. Diez abgaben, haben mit vorgefertigter Meinung dies getan.

Gen. Kunge wendet sich gegen die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gen. Wissel und Schmidt, die besser unterblieben wären.

Gen. Trinks hat auch den Eindruck, daß das, was Dr. Diez heute gesagt hat, etwas anders ist, als was er damals sagte.

Gen. Müller-Reel meint, Dr. Kullmann habe sich für einen Aktiven eingestellt, der eine Verteidigung gar nicht nötig hat.

Gen. Schöpslin stellt einige Irrtümer des Gen. Kunge bezüglich der Ausführungen im „Volkstribunal“ fest.

Gen. Kullmann hofft, daß mit der heutigen Versammlung die letzten Auseinandersetzungen ein Ende nehmen.

lassen. Andere sagen, wo die Verfassung fertig war, begannen die bürgerlichen Parteien zu kufen. Wir müssen heute ein großes Warnungszeichen aufstellen; und wir müssen einig sein.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung verlangt, daß in dem neuen Programm zum klaren Ausdruck gebracht wird, daß

- 1. die Partei jede dem Versuch, die geltende formal-juristische Demokratie zur Wiedereinführung der monarchischen Staatsform zu gebrauchen, mit allen Mitteln entgegenzutreten wird, und daß
2. die Partei bei einem Mißbrauch der geltenden formal-juristischen Demokratie zur Verschleppung der Sozialisierung und der für diese notwendigen Expropriation des Großkapitals und des Großgrundbesitzes mehr gewillt ist, als die Partei, die dem einsetzenden selbständigen Akt des Proletariats zur Erreichung dieser Ziele zu verhindern.

Valuta-Bericht vom 20. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 9.— bis 10.—, in England etwa 21.64 M. per brit. Pfund, in Frankreich etwa 4.54 M. per frz. Fr. New York etwa 70.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Oktober 1920

Bei der Vorkühnheit hohen Druckes, dessen Kern heute über Sizilien liegt, dauert bei südlichen Winden das heitere Wetter weiter an. Unterlags stiegen gestern die Temperaturen bis auf 10 Grad, in der Nacht ist es abermals zu starker Neißbildung gekommen.

Wasserstand des Rheins

Eschweilerhof 98, gef. 7; Rehl 105, gef. 8; Maxau 308, gef. 4; Mannheim 259, gef. 6 Zentimeter.

Druckverteilung: Georg Schöpslin Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Leserschriften Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Aus dem Ausland Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Gewerkschaftsbewegung, Jugend und Sport, Pflanzkalender Josef Meier; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Briefkasten der Redaktion

S. A. Nach dem Gutachten unseres juristischen Mitarbeiters enthalten Ihre Anzeigen zweifellos Verleumdungen, die, wenn sie nicht gütlich beigelegt werden, die Verurteilung zu einer Geldstrafe nach sich ziehen würden.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe-Mühlburg (Gemischter Chor-Verband), Freitag, 22. Oktober, abends 8 Uhr Generalprobe im „Mühlen Krug“.

Sozialdemokrat. Partei Bezirk Aehl.

Die sozialdemokratischen Parteivereine im Bezirk Aehl werden hiermit zu dem am Sonntag, den 24. Oktober 1920, nachmittags 2 Uhr, in Aehl im Barbiergeschäft stattfindenden

Bezirkskonferenz

- 1. Bericht über die Tätigkeit der Parteivereine im Bezirk Aehl.
2. Bericht über die Tätigkeit der Parteivereine im Bezirk Aehl.
3. Bericht über die Tätigkeit der Parteivereine im Bezirk Aehl.

Herzliche Einladung.

- 1. Zweitägiger wissenschaftlicher Lehrgang für allgemeine Parteiverwaltung.
2. Zweitägiger Parteiverwaltungskursus für Parteiverwaltung.
3. Zweitägiger Parteiverwaltungskursus für Parteiverwaltung.

Jetzt ist es Zeit

Puppen

Beste Karlsruher Puppen-Klinik H. Bieler, Kaiserstrasse 223 zwischen Douglas- und Hirschstrasse

Daniels Konfektionshaus

Telephon 1846, Wilhelmstr. 24, 1. Trepp. So lange Vorrat! 5942 Wegen Aufgabe des Artikels

Kuchenpaletots

zu besonders billigen Preisen.

Brennholz

Die Gemeinnützige Beschaffungsgesellschaft für Brennstoffe in Karlsruhe, Bahnhofsstr. 109, Telephon 2270-2274.

Künstl. Blumen

5390 Blätter und Bestandteile W. Sims Nacht, Kronenstr. 4.

Zuverlässiges Lehrmittel

hörtlich im Verkehr, für Staatslotterie und gleichzeitig für den Handel, ebensinnig spätere Fiktion.

Möbliertes Parterrezimmer

in einem Hause der Stadt mit Einfaß, zu mieten gesucht.

Wollstoffe

W. Jung, Kaiserstr. 2, 1. Trepp. Nur von 1/9 bis 1/12, 1/2 bis 1/6 Uhr. Telephon 4104.

Felle aller Art

Flaschen, Lumpen, Papier, Eisen, Metalle, Keller- u. Speicherkorn, Kunst 000 Feuerstein, Seidenstr. 26, Tel. 3481.

Achtung! Radfahrer! Achtung!

Durch günstigen Einkauf von Fahrradgummilicht bin ich in der Lage, Mittel von Mk. 85.— und Schlauche von Mk. 28.— an zu verkaufen.

Fahrradhandlg. Witzemann

Mühlburg, Rheinstr. 24a, Telephon 2900.

Wir kaufen jede Menge Löwenzahnwurzeln

frisch und getrocknet und bezahlen die höchsten Preise. Auch sind wir Käufer für alle anderen Rohdrogen u. Arzneipflanzen.

prima Pferde-Fleisch

Leber- und Griebenfleisch, sowie Schwartenmagen zum Verkauf.

Reifen-Verkauf

neu eingegangener solider Herren-Stoffe, 140 cm breit, in verschiedenen Dessins u. Farben.

Herren-Ulster

in verschiedenen Preislagen. L. Brotz, Marlenstr. 18, pt. Keln Laden. Telephon 3950.

Hüte

reingel., Arbeit u. fassoniert Färberol. D. Esch, Telephon 1553, 6079 Füllal in all. Stadtteilen.

Woldemar Schmidt

Kaffeebohnen, Milchpulver, Schokolade, Kuchenformen, Kaffeebrenner, Reibmaschinen, Eismaschinen, Größel, 1-50 Liter, Blumentöpfe, Blumenkeller, Gläser, Bier- und Weinflaschen usw., sowie Badelgeschirre, 6 Töpfe, 2 Liter, 1 Liter, 1/2 Liter, etc.

Rucksäcke

prima Qualität, eigenes Fabrikat, in verschied. Preislagen sowie Herren-Sportgürtel hat abzugeben.

Diplomat-Schreibtische

Bücher, m. Rollen und Türen, gebelt und hell mattiert, hat sofort lieferbar.

Spangen, Stieber

und Kämme werden in 3 Tagen repariert. Frieda Schmidt, Herenstraße 19, im Hause der Uhr.

Kaufe

getrag. Möbel, Schuhe, Bekleidung, Möbel aller Art, zu realen Preisen.

Robrstühle

werden dauerhaft geölt u. repariert, auch mit echt spanischem Holz.

Waldhasen

Frisch geschossene Waldhasen auch zerlegt in allen Teilen.

### Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H.

Ab Donnerstag, den 21. Oktober 1920, Kartoffelabgabe an Besteller, Buchstabe R, S, Sch, Sp, St, W, jeweils von 8-12 u. 2-6 Uhr.

### Zentralverband d. Angestellten

Bezirk Karlsruhe. Donnerstag, den 21. d. Mts., abends halb 8 Uhr, im Saal 3, „Colosseum“ (Saldstraße)

### General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Abrechnungsbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Kartellberichte, 4. Verschiedenes.

Eintracht-Saal. Montag, 25. Okt., abends 7/8 Uhr, spricht Dr. Martin Olpe über: Alter Tod Verjüngung

Die Verjüngungstheorie und künstliche Geschlechts-Umwandlung nach Prof. Steinach und ihre Bedeutung.

Richard Dehmel: „Einige hundert Zeilen und Zeitschriften nennen Martin Olpe einen glänzenden Redner: ich aber habe ihn einen geistvollen Wegweiser und Reformator.“

Badisches Landestheater. Donnerstag, den 21. Oktober 1920. 1. Schülervorstellung, Abt. B.

Warbeck. Anfang 7/8 Uhr. (4. 9. 50) Ende gegen 10 Uhr.

Eintrachtssaal. Donnerstag, den 21. Oktober 1920. 2. Kammermusik - Abend (Beethoven-Fest.)

### Durlacher Anzeigen.

Tafelbirnen u. Obst gelangt in Mengen von 25 Pfund ab am Freitag, den 22. Oktober, von 1 bis 5 Uhr nachmittags, im Lager, Weiherstraße 18, zum Verkauf.

Consum-Verein Durlach. Obstwein betreffend. Die Obstweinausgabe wird bis Samstag, den 23. Oktober, mittags 12 Uhr, geschlossen.

Kartoffel-Ausgabe. Heute nachmittag werden die Kartoffeln für den Suchtaten E ausgegeben.

Bruchtaler Anzeigen. Kartenausgabe am Freitag, den 22. Oktober 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Suchtaten S bis einschließlich U.

Zeitungssträgerin. Werberinnen wollen sich bei Herrn W. Staber, Kaiserstraße 42, melden.

Knaben-Mantel, sehr gut erhalten, für das Alter von 8-10 Jahren, hat abzugeben 6009

Möbel wegen Räumung. Schlafzimmer u. a. ein. Bett, Schränke, Waschkommode u. a. m.

Für Brautleute! Neue Federbetten und ein hell. f. ompl. Schlafzimmer, sowie eine Waschkommode u. a. m.

Wegen Platzmangel 2 schwere halbr. Betten mit Matratz. und Stuhl, 2 neue weiche Hochaufl. Bett. u. a. m.

2 gleiche Betten hochaufl., einhell. Bett, Divan, Waschkommode mit Matratz. u. a. m.

Baden-Baden. Aufgrund der §§ 20, 21 der Verordnung vom 2. August 1920.

Zur Durchführung der von der Gemeindebehörde getroffenen Anordnungen und Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswezens.

Zuständigkeit. § 2. Dem Wohnungsamt sind insbesondere zuge- wiesen:

a) Die Genehmigung zum Abbruch von Gebäuden oder Teilen eines solchen, zur Verwendung der bis zum 1. Oktober 1914 zu Wohnzwecken benutzten oder bestimmten Räume zu anderen Zwecken.

b) Die Kontrolle der Doppelwohnungen und die Bezeichnung der Hauptwohnung gemäß § 3 b. B.O. v. 2. 8. 1920;

c) Die Beschlagnahme der in den §§ 4 und 5 der B.O. v. 2. 8. 20 bezeichneten Räume und die in § 6 dieser Verordnung bezeichnete Genehmigung, die Durchführung des Beschlagnahmeverfahrens und die Vergebung der beschlagnahmten Räume;

d) Die Festsetzung der Vergütung gemäß § 15 der B.O. v. 2. 8. 20;

e) Die Zustimmung zur Vermietung, Ueberlassung oder Ingebrauchnahme von Wohnungen, sowie die Zustimmung zum Verleihen der durch den Eigentums- oder Besitzwechsel gemäß § 17 Abs. 3 der B.O. v. 2. 8. 20 freizugebenden Wohnungen;

f) Die Nachprüfung der Mietverträge auf die Angemessenheit des Mietzinses. Die Befugnisse nach a, c und e werden bei Wohnungen, welche im Eigentum der Stadt stehen, durch den Stadtrat nach Anhörung des Wohnungsamtes ausgeübt.

Gliederung. Beirat. § 3. Das Wohnungsamt gliedert sich in eine Verwaltung- und eine technische Abteilung, deren Geschäftsbereich von dem Vorstand bestimmt wird.

Die Entscheidungen des Wohnungsamtes unterliegen soweit es sich nicht um laufende Geschäfte von nicht grundlegender Bedeutung handelt, der Beschlussfassung eines Beirates, der aus dem Vorstand des Amtes als Vorsitzenden, je 2 Mitgliedern aus dem Kreise der Vermieter und Mieter und aus einem Vertreter aus dem Kreise der Flüchtlinge, je einem Vertreter der beiden Gewerkschaften und dem Vertreter des Grund- und Hausbesitzervereins der Stadt Baden-Baden — letztere 3 mit beratender Stimme — als weiteren Mitgliedern besteht.

Die Mitglieder des Beirates dürfen nicht gleichzeitig Besitzer des Wohnungsamtes (§§ 8 und 14) oder der Beschwerdestelle (§ 8) sein. Sie werden vom Stadtrat auf die Dauer von 3 Jahren ernannt.

Zustimmung zur Vermietung. § 4. Die Zustimmung zur Ingebrauchnahme bzw. Vermietung von Wohnräumen darf nicht erteilt werden, wenn dadurch der Wohnungsmarkt in der Stadtgemeinde Baden-Baden

nicht verschlechtert wird. Diese Voraussetzung gilt regelmäßig als vorhanden, wenn die Vermietung, Ueberlassung an oder die Ingebrauchnahme durch einen Wohnungsfuchenden stattfinden soll, der nach ordnungsmäßiger Kündigung aus seiner bisherigen Wohnung auszugiehen hat und die neue Wohnung den Bedürfnissen seines Haushaltes, Geschäfts, Betriebs oder Berufs nach Art und Größe entspricht.

Bezeichnung von Wohnungsfuchenden. § 5. Dem Verfügungsberechtigten kann nach Ver- fassung der Zustimmung ein Wohnungsfuchen- der bezeichnet werden. Kommt zwischen diesem und dem Verfügungsberechtigten eine Einigung (Mietvertrag) nicht zustande, so setzt auf An- rufen des Wohnungsamtes das Mietamt (§ 14) den Vertrag fest, wenn für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu besorgen ist. Die Bestimmungen des Einigungsamtes gelten als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrags.

Zuweisung von Wohnungen. § 6. Die Zuweisung von Wohnungen an Wohnungsfuchende geschieht in der Reihenfolge der Anmeldungen, soweit nicht besondere Verhältnisse im Einzelfall eine andere Behandlung als angemessen erscheinen lassen.

Neu zugehende Personen haben Anspruch auf Zuweisung von Wohnungen insoweit nicht, als nicht die ortsanfängliche Bevölkerung unter- gebracht ist.

Die in der sog. Dringlichkeitsliste aufgenom- menen Personen sollen bei der Zuweisung von Wohnungen in erster Linie berücksichtigt werden. Als Fälle der Dringlichkeit gelten erfolgte Kündigung, schwere Krankheit und Gebüh- rigkeit ungenügende Wohnverhältnisse.

Bei der Zuweisung von Wohnungen an Mit- glieder gemeinnütziger Baugenossenschaften, welche Einwohner der Stadt sind, geht die durch Genossenschaftsbeschlüsse bestimmte Reihenfolge der Zuweisung der allgemeinen Reihenfolge des Wohnungsamtes vor.

Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 18 und 19 der Verordnung vom 2. 8. 20.

Beschlagnahme. § 7. Das Verfahren bei der Beschlagnahme von Wohnungen richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 2. 8. 20.

Bei jeder Beschlagnahme sollen Gärten und Unbilligkeiten nach Möglichkeit vermieden werden.

Hohes Alter und schwere Krankheit der Haus- bewohner, die ein besonderes Ruhebedürfnis be- dingen, sollen sowohl bei der Frage der Beschlag- nahme überhaupt wie bei der Entscheidung über den Umfang derselben nach Gebüh- rlichkeit werden.

Die Feststellung der Erforderlichkeit von Woh- nungen oder Teilen von solchen, erfolgt zu- nächst durch die technische Abteilung des Woh- nungsamtes, der in Zweifelsfällen die Nach- schau durch eine bürgerliche Kommission von zwei Mitgliedern und erforderlichenfalls die Be- rathung durch einen besonderen Beamten des städt. Hochbauamtes nachfolgt.

Ein Anspruch auf Befreiung von der Beschlagnahme steht dem Betroffenen nur zu, wenn sie binnen einer vom Wohnungsamt zu bestimmenden Frist dem Wohnungsmarkt durch Schaffung von Neubauten andere Wohnungen zur Verfügung stellen. Die Entscheidung darüber, ob dieser Voraussetzung genügt ist, steht dem Wohnungsamt zu.

Beschwerdeinstanz. § 8. Ueber die gemäß § 23 der B.O. v. 2. 8. 20 gegen die Verfügungen des Wohnungsamtes zu- fälligen Beschwerden entscheidet das Miet- einigungsamt als Beschwerdeinstanz in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und je 2 Bei- sitzern aus dem Kreise der Vermieter und der Mieter. Die Besitzer dürfen weder dem Beirat des Wohnungsamtes angehören noch als Bei- sitzer in dem anderen der Zuständigkeit des Miet- einigungsamtes unterliegenden Fällen tätig sein. Insoweit die Beschwerde für begründet erachtet wird, hat die Beschwerdeinstanz unter Aufhebung der angefochtenen Verfügung in der Sache selbst zu entscheiden.

Die Entscheidungen der Beschwerdeinstanz sind unanfechtbar.

Durchführung der Beschlagnahme. § 9. Die Feststellung der Art und des Umfanges sowie die Durchführung der Bauarbeiten, die zur Erreichung des mit der Beschlagnahme ver- fasseten Zweckes erforderlich sind, erfolgt, ins- fern der Hauseigentümer selbst sich nicht zur Ausführung derselben bereit erklärt, bei Ar- beiten geringeren Umfangs ohne besondere tech- nische Schwierigkeiten durch die technische Ab- teilung des Wohnungsamtes, bei Arbeiten grö- ßeren Umfangs durch das städt. Hochbauamt.

Kündigung von Wohnungen. § 10. Die Kündigung von Wohnungen und Wohn- räumen Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- und Geschäftsräumen, Läden und ähnlichen Räumen — mit Ausnahme von möblierten Zimmern bis zu 2 Räumen ohne Küche und Zubehör — bedarf der vorherigen Zustimmung des Wohnungsamtes. Die Kündigung ohne diese Zustimmung ist rechtsunwirksam.

Zustimmung zur Kündigung. § 11. Die Zustimmung zur Kündigung soll nicht erteilt werden, wo zwingende Gründe für die Kündigung vorliegen.

Als zwingende Gründe sind insbesondere an- zusehen: 1. Mietzinssteigerungen, wenn diese durch die allgemeine Teuerung, dem Wert der Miet- räume oder durch die Ansprüche der Mieter ge- rechtfertigt erscheinen.

2. Große Verluste gegen die geschlichen oder die in den Mietverträgen und Beschlagnahmungen betraglich übernommenen Verpflichtungen der Mieter.

Bei Hausverkäufen der Nachweis des Ver- käufers, daß er infolge zu geringer Mietzins- nahme, seitdem das Haus in seinem Eigentum steht, Schaden erlitten hat und nur der Verkauf von weiteren Verlusten schützt.

Zustimmung zum Ablauf des Mietverhältnisses. § 12. Mietverträge, die auf bestimmte Zeit abgeschlossen sind und deshalb ohne Kündigung ablaufen, set- zen für unbestimmte Zeit verlängert. Der Mieter ist nicht verpflichtet, die Wohnung nach Ablauf des Mietverhältnisses zu räumen, wenn der Verfügungsberechtigten nicht vorher die Zu- stimmung des Wohnungsamtes zum Ab- lauf des Mietverhältnisses erteilt hat und nachweist.

Die Zustimmung soll nicht erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 9 vorliegen.

Nachprüfung des Mietzinses. § 13. Mietverträge über Mieträume jeder Art — mit Ausnahme von möblierten Zimmern bis zu 2 Räumen ohne Küche und Zubehör — unterliegen hinsichtlich der Mietzinsen der Nach- prüfung des Wohnungsamtes insoweit, als dieselben von dem Wohnungsamt oder von einem der Vertragsparteien beantragt sind. Uebermäßig hohe Mietzinsen sind auf den an- gemessenen Betrag herabzusetzen. Die Nach- prüfung hat auch hinsichtlich des Mietzinses für möblierte Zimmer bis zu 2 Räumen zu erfol- gen, wenn der Mieter dies beantragt.

Die Nachprüfung erstreckt sich auch auf Miet- zinsen bei Neuabschlüssen von Mietverträgen oder bei Änderung bestehender Mietverträge, sowie im allgemeinen auf Mietzinsberechnun- gen, welche ohne Vorlage des Mietwertes an das Wohnungsamt nach dem 1. Januar 1918 getroffen worden sind, ohne daß das Mietverhält- nis oder der Mietzins eine Veränderung erfah- ren hat.

Vorlage der Mietverträge — Herabsetzung des Mietzinses § 14. Die Vermieter haben Mietverträge über Mieträume, welche 1. mit einem neuen Mieter abgeschlossen werden, 2. mit dem bisherigen Mieter eine Ände- rung erfahren haben,

binnen einer Woche nach Neuabschluss oder Änderung des Vertrages dem Wohnungsamt in doppelter Fertigung zur Genehmigung vor- zulegen.

Falls der Mietzins unangemessen erscheint, hat das Wohnungsamt innerhalb einer Woche nach Einsicht bei dem Mieteinigungsamt die Herabsetzung des Mietzinses auf die angemes- sene Höhe zu beantragen. Das gleiche Recht steht dem Mieter und zwar auch dann, wenn er den Mietzins bereits durch Unterchrift an- erkannt hat, zu.

Zum Antrag beim Mieteinigungsamt auf Herabsetzung der Mietzinsen, die nach dem 1. Januar 1918 ohne die Genehmigung des Wohnungsamtes oder der Entscheidung des Mieteinigungsamtes vereinbart worden sind, ohne daß sie inzwischen eine Änderung erfah- ren haben, ist insoweit das Wohnungsamt als der Mieter berechtigt.

Wirksamkeit der Vermietung. § 15. Die Mietverträge werden in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn durch das Wohnungsamt oder dem Mieter innerhalb der in § 12 gegebenen Frist Antrag auf Herab- setzung nicht gestellt wird, der Antrag zurück- gezogen wird oder das Mieteinigungsamt ent- schieden hat.

Mieteinigungsamt — Zuständigkeit. § 16. Ueber Anträge auf Zustimmung zu einer Wohnungskündigung und zum Ablauf des Mietverhältnisses sowie über Anträge auf Her- absetzung übermäßig hoher Mietzinsen ent- scheidet das Mieteinigungsamt in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus dem Kreise der Vermieter und der Mieter. Die Besitzer dürfen gleichzeitig weder dem Beirat des Wohnungsamtes noch der Be- schwerdeinstanz des Mieteinigungsamtes an- gehören.

Antragstellung. § 17. Alle Anträge sind schriftlich oder zu Proto- koll des Schriftführers des Mieteinigungsamtes, die Anträge auf Zustimmung zu einer Woh- nungskündigung oder zum Ablauf des Mietver- hältnisses spätestens vier Wochen, bei Kündi- gungen mit einer geringeren als einer vier- wöchentlichen Kündigungsfrist spätestens 14 Tage vor dem Zeitpunkt an welchem die Kündigung nach Vertrag oder Gesetz erklärt werden muß, beim Mieteinigungsamt einzureichen.

Mieteinigungsamt — Besondere Zuständig- keit. § 18. Die Befugnisse der Schiedsstelle im Sinne der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichstanzlers vom 2. 11. 17 (R.G.B. S. 680) Sommerheizungs- und Warmwasserbezorgun- gen in Mieträumen betr. werden von dem Mieteinigungsamt ausgeübt. Die Entscheidungen erfolgen in der in § 14 genannten Beset- zung unter Zugrundelegung des Vorhandes und des für Fragen der Zentralheizungsanlagen der Ort- schiedsstelle beigegebenen Sachverständigen.

Anfechtbarkeit der Entscheidungen. § 19. Die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes sind unanfechtbar.

Sonstige Bestimmungen. — Strafen. § 20. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Reichs- und Landesverordnungen, Maßnahmen gegen Wohnungsmangel und zum Schutze der Mieter.

Zuwendungen gegen diese Anordnun- gen werden nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen bestraft.

Die bisherigen Anordnungen des Stadtrats betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel und über Mieterfragen werden hiermit aufge- hoben.

Der Stadtrat.

No. 5

Der U...

Bestandteil...

Die der...

Das pol...

Die der...